

Engelbert, Angelika

Wie "teuer" sind Kinder? Wert und Kosten von Kindern für Familien und Gesellschaft

Diskurs 2 (1992) 1, S. 12-21



Quellenangabe/ Reference:

Engelbert, Angelika: Wie "teuer" sind Kinder? Wert und Kosten von Kindern für Familien und Gesellschaft - In: Diskurs 2 (1992) 1, S. 12-21 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-66951 - DOI: 10.25656/01:6695

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-66951>

<https://doi.org/10.25656/01:6695>

in Kooperation mit / in cooperation with:



**Deutsches
Jugendinstitut**

www.dji.de/diskurs

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

DISKURS

**Studien zu Kindheit,
Jugend, Familie
und Gesellschaft**

Der DISKURS
informiert aktuell und
konzentriert über
Forschungsergebnisse
aus dem In- und
Ausland und dient so
der Verständigung
zwischen Wissen-
schaft, Politik und
Praxis.

THEMA

Kindheit heute – Aufwachsen in der Moderne

Gaiser, Nissen

Kindheit heute – Aufwachsen in der Moderne 2
Kindheit als eigenwertige Lebensphase zu betrachten, sie kindgemäß zu gestalten und in diesem Sinne Forschung zu betreiben, ist Projekt der Moderne.

Preuss-Lausitz

Ganztägig offene Schulen aufgrund veränderter Kindheit? 6
Durch den Wandel von Kindheit brauchen Kinder heute veränderte Schulen mit mehr Raum und Zeit für soziales Lernen.

Engelbert

Wie »teuer« sind Kinder? Wert und Kosten von Kindern für Familien und Gesellschaft 12
Unumstritten ist der hohe Wert von Kindern für die Familie und die Gesellschaft. Wer aber trägt die Kosten?

Colberg-Schrader

Kindheitsforschung für die Praxis 22
Forschung für Kinder interessiert sich auch für die Angebote, die der Sozialstaat für Kinder bereitstellt. Welche Orte und welche Konzepte könnten für sie angemessen sein?

Ulich, Oberhuemer

Wer gehört zu einer Familie? Die Perspektive von Kindern 28
Was ist »Familie« aus der Sicht von Kindern? Wer alles gehört dazu? Haben sie Wunschvorstellungen von »Familie«?

Nissen, deRijke

Was tun Kinder am Nachmittag? 35
Verhäuslicht, verinselt und verplant? Eine empirische Studie über das Freizeitverhalten setzt sich kritisch mit Thesen über eine modernisierte Kindheit auseinander.

Krappmann

»Nun spielt doch endlich etwas Schönes!« Aushandeln, Streit und Freundschaften in der Kinderwelt 44
Im Aushandeln, Streit und den Freundschaften erwerben Kinder soziale Strategien sowie kognitive und moralische Kompetenzen.

INTERVIEW

Gibt es Universalien in der Kindererziehung? 51
Der international renommierte Sozialisationsforscher Urie Bronfenbrenner betont die Verantwortung der Erwachsenen, in liebevoller Zuwendung zu Kindern einen Weg zwischen Chaos und Kontrolle zu finden.

VARIA

Waldmann, Straus

Identität und soziale Netzwerke. Ein Vergleich von ost- und westdeutschen Jugendlichen 53
Die Bedeutung sozialer Netze variiert mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Umständen und den jeweiligen Strategien der Lebensbewältigung.

Marx Ferree

Aufstieg und Untergang der »Muttipolitik«: Feminismus und deutsche Vereinigung 60
Auch aus amerikanischer Perspektive ist die Entwicklungsdynamik der Vereinigung der beiden deutschen Staaten folgenreich für die Frauenpolitik.

LITERATUR-REPORT

Seifert

Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen 66
Neuere Publikationen zum sexuellen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen werden kritisch vorgestellt.

Bruner

Abstracts zum Thema »Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen« 73

ZUSAMMENFASSUNGEN/

SUMMARIES/

RÉSUMÉS 75

Wie »teuer« sind Kinder?

**Wert und Kosten von
Kindern
für Familien
und Gesellschaft**



Dr. Angelika Engelbert, geboren 1955, Diplom-Soziologin. Seit 1980 Forschungstätigkeit am Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, seit 1990 wissenschaftliche Assistentin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Familienforschung, Kindheitsforschung. Buchveröffentlichungen: Kinderalltag und Familienumwelt. Frankfurt/M., New York 1986; Netzwerkbeziehungen von Familien. Wiesbaden 1989 (Ko-Autorin); Childhood in the Federal Republic of Germany. Bielefeld 1989 (Ko-Autorin).

*Korrespondenzanschrift:
Dr. Angelika Engelbert
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Postfach 8640
D-4800 Bielefeld 1*

Die Frage nach den Kosten von Kindern wird häufig gestellt, um auf Ursachen des beobachtbaren Geburtenrückgangs und auf Mängel der sozialpolitischen Unterstützung von Familien zu verweisen. Übersehen wird dabei häufig, daß für das Leben mit Kindern nicht nur monetäre Größen eine Rolle spielen. Kinder sind uns in doppelter Hinsicht »teuer«: Sie verursachen zwar Kosten, aber sie haben auch einen Wert, der dazu führt, daß diese Kosten ignoriert oder bewußt in Kauf genommen werden. Vielen erscheint deshalb die Diskussion über den »Kostenfaktor Kind« befremdlich. Gerade beim Kinderhaben wird ein ökonomisches Kalkül als abwegig oder zumindest als nebensächlich vermutet. Statt dessen gelten emotionale und nicht-rationale Aspekte als ausschlaggebend. Solche Annahmen verweisen mit Recht auf die begrenzte Reichweite rein ökonomischer Herangehensweisen an das Thema »Kinderkosten« und legen die Berücksichtigung von nicht-materiellen Größen nahe. Der vorliegende Beitrag versucht deshalb, verschiedene Aspekte zu thematisieren und in Beziehung zueinander zu setzen: den materiellen und immateriellen Wert von Kindern, die materiellen und immateriellen Kosten von Kindern sowie die familiäre und die gesellschaftliche Seite dieses Problems. Ein Ziel ist es dabei, die privat getragenen Kosten den öffentlich übernommenen Kosten von Kindern gegenüberzustellen und Konsequenzen dieser Verteilungsstrukturen für die Lebenssituation von Kindern in unserer Gesellschaft aufzuzeigen.

Der Wert von Kindern für die Familie

Wenn auch die Geburtenzahlen zurückgegangen und die Familien – statistisch gesehen – kleiner und auch seltener geworden sind, so ist der grundsätzliche Wunsch nach einem Leben mit Kindern bei den Erwachsenen doch nach wie vor vorhanden. Kinder besitzen für sehr viele Erwachsene einen Wert, der das Leben mit ihnen erstrebenswert macht. Empirische Untersuchungen ermitteln zwar im einzelnen unterschiedliche Rangfolgen von Wertaspekten, verweisen jedoch deutlich auf mindestens drei verschiedene Dimensionen. Kinder haben demnach vor allem einen emotionalen, einen erfahrungsbereichernden und einen sinnstiftenden Wert für Eltern (Rerich 1990; Beck-Gernsheim 1990). Auffallend ist dabei, daß es nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart der Kinder ist, die als bereichernd angesehen wird. Offensichtlich ist auch, daß Kindern kein materieller Wert zugeschrieben wird. Diese Feststellung mag heute banal erscheinen, sie war aber keineswegs immer so abwegig. In früheren Zeiten hatten Kinder für ihre Eltern durchaus auch einen ökonomischen Nutzen. Aus der Sozialgeschichte der Kindheit und der Familie wissen wir, daß Kinder in früheren Jahrhunderten bereits relativ früh durch ihre Arbeit zur Existenzsicherung der Familie bzw. des »Hauses« beitrugen. Außerdem stellten sie eine »Investition« in die Zukunft dar, da sie für die spätere Alterssicherung ihrer Eltern zu sorgen hatten. Ein solcher ökonomischer Wert von Kindern existiert zumindest bei uns heute kaum noch. Seit dem 19. Jahrhundert wurden Kinder durch staatliche Interventionen zunehmend vor den Gefährdungen insbesondere der industriellen Arbeit geschützt und von der Erwerbsarbeit weitgehend ausgeschlossen. Hinzu kommt, daß durch

die Einführung der Rentenversicherung eine materielle Absicherung im Alter unabhängig von eigenen Kindern möglich wurde. Kinder sind deshalb heute ganz überwiegend ein Kostenfaktor für die Eltern.

In den letzten beiden Jahrhunderten ist also der materielle Wert von Kindern für die Familien verschwunden. Gleichzeitig ist ihr immaterieller Wert aber deutlich gestiegen. Auch dies muß im Zusammenhang mit grundlegenden Entwicklungsprozessen gesehen werden. Einige wenige Punkte sollen hier angedeutet werden. Gesellschaftliche Veränderungen lassen sich zum einen durch »strukturelle und funktionale Differenzierung« kennzeichnen. Damit verbunden ist die Spezialisierung einzelner Gesellschaftsbereiche (wie Staat, Wirtschaft, Kirche) auf ganz bestimmte Aufgaben bei gleichzeitiger Ausgrenzung anderer Ziele. Durch diese Spezialisierung soll unter anderem Leistungssteigerung in den Einzelbereichen möglich werden. Getrennte Funktionen müssen aber durch entsprechende Kommunikation und Koordination von den Individuen wieder aufeinander bezogen und zusammengebracht werden. Hierfür muß das Handeln der anderen prinzipiell berechenbar sein. Eine weitreichende Rationalität kennzeichnet deshalb die Beziehungen der Menschen zueinander. Auch die Familie hat sich in diesem Zusammenhang spezialisiert. Sie ist zum Ort der – aus anderen Lebensbereichen ausgegrenzten – emotionalen Beziehungen, der Reproduktion und Regeneration der Familienmitglieder geworden und hat sich »um das Kind herum« organisiert. Die Konzentration auf die Kinder wird für die Eltern auch deshalb so bedeutsam, weil Partnerbeziehungen zunehmend schwieriger werden. Der ebenfalls stattfindende »Individualisierungsprozeß« der Gesellschaftsmitglieder bedingt nämlich unter anderem, daß Menschen ihren eigenen Lebensweg suchen und finden und ihre Individualität dokumentieren sollen. Seitdem die Veränderung der Frauenrolle auch für die Frauen Wahlmöglichkeiten eröffnet bzw. Entscheidungsnotwendigkeiten auferlegt hat, müssen aber zwei Lebensentwürfe miteinander vereinbar sein. Emotionale Paarbeziehungen werden aufgrund der sich dabei abzeichnenden Probleme schwieriger.

Die Emotionalisierung der Familie, die Individualisierung der Gesellschaftsmitglieder und die Rationalisierung der Beziehungen bedingen den hohen immateriellen Wert von Kindern:

- Kinder sind wichtige und vor allem verlässliche (deshalb häufig auch die einzigen) Quellen und Objekte für emotionale Beziehungen. Sie eröffnen die Möglichkeit, zu lieben und geliebt zu werden auch unabhängig von den schwieriger werdenden Partnerbeziehungen (emotionaler Wert).
- Kinder vermitteln neue Erfahrungen. Der Umgang mit ihnen macht Eltern Spaß, da ihre ursprünglichen und weitgehend unangepaßten Äußerungen und Verhaltensweisen in der standardisierten und durchrationalisierten Lebenswelt neue und erfrischende Anregungen geben können. Sie bieten damit auch für Erwachsene die Möglichkeit, im Umgang mit ihnen kreativ und ungezwungen zu sein, ohne gegen herrschende Normen verstoßen zu müssen (erfahrungsbereichernder Wert).

- Kinder konstituieren für Erwachsene die Elternrolle und vermitteln Orientierungspunkte. Dies wird deshalb ganz besonders wichtig, weil es immer weniger vorgegebene Fixpunkte und Bindungen für die Lebensgestaltung gibt und die Individuen ihren eigenen Lebensweg und Lebenssinn finden dürfen bzw. müssen. Kinder verschaffen ihren Eltern einen solchen Lebenssinn. Sie dokumentieren durch ihre Entwicklung und Persönlichkeit die Individualität und Authentizität der Eltern und ermöglichen diesen soziale Anerkennung aufgrund der Lebensleistung, Kinder großzuziehen (sinnstiftender Wert).

Insgesamt liegt der Schwerpunkt des Kinderwertes für die einzelnen Familien eindeutig auf aktuellen, gegenwartsbezogenen Gewinnen. Der Umgang mit Kindern ist es, der bereits einen Wert für sich darstellt. Es sind somit die Kinder selbst, die das Leben der Eltern bereichern und weniger ihre erwartbaren Leistungen als spätere Erwachsene.

Der Wert von Kindern für die Gesellschaft

Hinsichtlich des gesellschaftlichen Wertes von Kindern wurde lange Zeit schwerpunktmäßig ein »zukunftsbezogener« Aspekt diskutiert: Die quantitative und qualitative Reproduktion der Gesellschaft. Mit anderen Worten: Es ging vor allem um ausreichende Geburtenzahlen und eine angemessene Sozialisation der Kinder. In dieser Perspektive bezieht sich das Interesse der Gesellschaft an den Kindern vor allem auf ihre Zukunft als Arbeitskräfte bzw. als vollwertige Gesellschaftsmitglieder. Auch dies muß in Zusammenhang mit den zuvor skizzierten epochalen Entwicklungen gesehen werden. Als eine Folge der Industrialisierung und der Auflösung privater und genossenschaftlicher Selbsthilfepotentiale etablierte sich in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts und im Verlaufe des 20. Jahrhunderts ein ausdifferenziertes System sozialer Fürsorge und insbesondere sozialer Sicherung. Nicht zuletzt aufgrund der besonderen Anforderungen an körperliche, geistige und soziale Fähigkeiten in der Arbeitswelt wurden im Verlauf der Industrialisierung diejenigen Bevölkerungsgruppen, die diesen Anforderungen noch nicht (Kinder) bzw. nicht

mehr (alte Menschen) entsprachen, von Erwerbsarbeit freigesetzt. Durch gesetzliche Regelungen, die Kinderarbeit verboten und die allgemeine Schulpflicht einführen, durch den Ausbau der Jugendfürsorge und des Bildungssystems sollte nicht nur der Schutz von Kindern, sondern auch ihre angemessene Bildung und Sozialisation gewährleistet werden. Gleichzeitig schuf die Einführung der Rentenversicherung Grundlagen für die Freisetzung und den Unterhalt der alten Bevölkerungsgruppen. Dabei wird die nicht (mehr) produktive alte Bevölkerung von der im Arbeitsprozeß stehenden produktiven Bevölkerung durch die Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen unmittelbar »versorgt«. Sollen die »Altenlasten«, d. h. die Rentenversicherungsbeiträge nicht unzumutbar hoch werden, muß eine ausreichende Anzahl von arbeitenden Menschen den zu versorgenden RentnerInnen gegenüberstehen. Das Sozialversicherungssystem ist in seiner jetzigen Verfassung deshalb auch von der demographischen Entwicklung abhängig. Dies war offensichtlich so lange unproblematisch, wie das Verhältnis der nichtproduktiven zur produktiven Bevölkerung ausgeglichen bzw. »günstig« war (vgl. Kaufmann 1990a). Inzwischen hat der Rückgang der Geburtenzahlen die zukünftige Rentenfinanzierung zu einem der schwierigsten Probleme werden lassen und das ökonomisch begründete gesellschaftliche Interesse am »Vorhandensein« von Kindern als zukünftige RentenzahlerInnen verstärkt.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wird mit Bezug auf den gesellschaftlichen Wert von Kindern und von Erziehung auch von »Humankapital« gesprochen. Damit sind die für die gesellschaftliche Wertschöpfung unabdingbaren Kompetenzen, Qualifikationen und Motivationen von Individuen gemeint. Ohne Kinder und ohne angemessene Sozialisations- und Bildungsprozesse in der Kindheit läßt sich dieses gesellschaftliche Humankapital aber nicht entfalten. Die absehbare Veränderung der Altersstrukturen unserer Gesellschaft läßt darüber hinaus einen weiteren gesellschaftlichen Wertaspekt von Kindern an Bedeutung gewinnen: Ihre spätere Arbeitskraft im Rahmen privater oder professioneller Pflege ist aufgrund des größer werdenden Pflegeaufwandes unverzichtbar. Kinder haben – gesellschaftlich gesehen – also durchaus einen ökonomischen Wert.

Gerade in den letzten Jahren wird jedoch auch ein anderer, eher gegenwartsbezogener Aspekt des gesellschaftlichen Wertes von Kindern betont: Im Umgang mit ihnen werden Handlungskompetenzen wie etwa konkret-sinnliche, bedürfnis- und personenbezogene Fähigkeiten wichtig, die in modernen Gesellschaften dominierende Zweckrationalität des Handelns ergänzen. Solche Fähigkeiten sind jedoch nicht »naturgegeben« vorhanden, sondern werden vor allem in der alltäglichen Auseinandersetzung mit Kindern entwickelt. Insofern vermitteln Kinder gerade in der durchrationalisierten Lebenswelt hochindustrialisierter Gesellschaften subjektiv bedeutsame und gesellschaftlich unverzichtbare Fähigkeiten und stellen ein wesentliches Medium der Persönlichkeitsentwicklung der Erwachsenen dar (vgl. Beck-Gernsheim 1980, S. 198 f.). Kinder schaffen sich ihr kindgerechtes Interaktionsklima also zu einem gewissen Grade selbst. Sie bereichern das Handlungsrepertoire der Erwachsenen, ein Wertaspekt, der für die Individuen ganz besondere Bedeutung hat (s. o.). Daß aber auch eine Gesell-

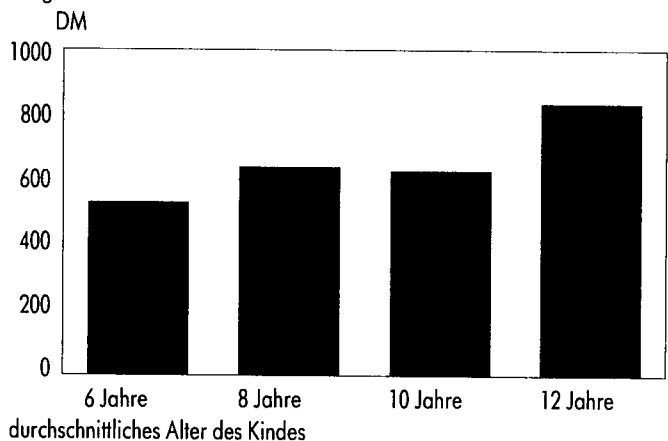
schaft auf diesen Beitrag der Kinder angewiesen ist, damit bestimmte Sozialisationsbedingungen für Erwachsene erhalten bleiben, ist eine verhältnismäßig neue Perspektive. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß dieser Wertaspekt, dieser positive Beitrag von Kindern, erst dann »entdeckt« wurde, als der Rückgang der Kinderpopulation auf die Gefahr einer »kinderarmen« und »kindentwöhnten« Gesellschaft verwies.

Kosten von Kindern für die Familie

Kinder verursachen Ausgaben für Ernährung, Körperpflege, Kleidung, Freizeit und nicht zuletzt für zusätzlichen Wohnraum. Wieviel ein Kind nun in konkreten monetären Größen »kostet«, darüber hat es lange Zeit nur sehr spärliche Informationen gegeben. Ein grundsätzliches Problem solcher Kostenaufstellungen besteht darin, daß faktische Ausgaben mit verschiedenen Faktoren variieren können. So benötigen Kinder in bestimmten Altersstufen bzw. zu bestimmten Zeitpunkten ihrer Entwicklung mehr Nahrungsmittel oder verschleißten mehr Kleidung. In Familien mit mehr als einem Kind werden bestimmte Anschaffungen vielleicht nur einmal benötigt, und bei einem höheren Gesamteinkommen kann mehr Geld für Kinder und ihre Bedürfnisse ausgegeben werden. Wenn tatsächliche Ausgaben erhoben werden, werden deshalb Unterschiede auftreten; diese müssen bei der Zusammenstellung von Kinderkosten berücksichtigt werden.

Eine der ersten derartigen Aufstellungen wurde 1979 vom Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen vorgelegt. Die AutorInnen stellten – ausgehend von den Ergebnissen der 1974 durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – alle Aufwendungen für den privaten Verbrauch zusammen und berechneten die Ausgaben pro Familienmitglied, wobei der Bedarf der Kinder mit 70 % des Bedarfs von Erwachsenen berücksichtigt wurde. Ein wesentliches Ergebnis war, daß die Ausgaben für Kinder je nach Haushaltstyp, Haushaltsgröße und Einkommen schwanken. In allen Haushaltstypen waren die Verbrauchsausgaben je Kind in der höchsten Einkommensstufe etwa dreimal so hoch wie in der niedrigsten (Wissenschaftlicher Beirat 1979, S. 39). Im Durchschnitt aller Familien wurden damals 468 DM für ein Kind ausgegeben. Neuere Daten liegen aus der Fa-

Ausgaben für Kinder 1983



Quelle: Votteler, S. 48

milienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg vor. Dort wurden die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 1983 ausgewertet. Die Ausgaben für ein Kind lagen zwischen 520 DM und 1100 DM, je nach Einkommenslage, Kinderzahl, Haushaltstyp und Alter des Kindes. Für ältere Kinder muß deutlich mehr Geld ausgegeben werden als für jüngere. Eine Fortschreibung der Ausgaben für das Jahr 1986 ergab pro Kind und Monat einen durchschnittlichen Betrag von 730 DM (Voteller 1987, S. 52).

gelegt. Die Kosten für den Lebensunterhalt betragen bei bis zu 7jährigen Kindern 628 DM, bei 7- bis 14jährigen 719 DM und bei 14- bis 18jährigen 875 DM. Dies deckt sich weitgehend mit den (allerdings für 1986) ermittelten tatsächlichen Ausgaben. Insofern kann davon ausgegangen werden, daß der Lebensunterhalt für ein Kind mindestens 550 DM, im Schnitt aber 730 DM kostet. Diese Kostenberechnung basiert auf der Voraussetzung, daß die Eltern die im Zusammenhang mit der Pflege und Erziehung von Kindern anfallenden Haus-, Pflege-, Betreuungs- und Erziehungsarbeiten übernehmen. Kinder

Eine zweite Methode, familiäre Kinderkosten festzustellen, beruht auf der (normativ begründeten) Aufstellung eines kulturellen Mindestbedarfs bzw. eines »Warenkorbs«, wie er z. B. im Rahmen der Festsetzung von Sozialhilfesätzen verwendet wird. Die im Februar 1992 in Nordrhein-Westfalen geltenden Bedarfssätze betrugen für Kinder bis zum siebten Lebensjahr 237 DM, für 7- bis 13jährige 307 DM und für 13- bis 17jährige 426 DM. Diese Sätze sind in ihrer Höhe jedoch nach wie vor umstritten. Sie beziehen außerdem keine anteiligen Kosten für Miete und Heizung ein, die im Rahmen des Wohngeldes gesondert beantragt werden müssen. Eine andere Kalkulationsgrundlage könnte z. B. das Pflegegeld für Familien, die Kinder in Vollzeitpflege nehmen, sein. Unterschieden wird beim Pflegegeld zwischen Kosten für den materiellen Lebensunterhalt und Kosten der Erziehung. Letztere belaufen sich auf 300 DM monatlich und werden für alle Altersstufen einheitlich zugrunde-

beanspruchen einen wesentlichen Teil der Zeit ihrer Eltern. Die dadurch entgangenen Möglichkeiten zu alternativen Zeitverwendungen und die darauf beziehbaren Folgen werden auch als »Opportunitätskosten« bezeichnet. Zumindest der Erziehungsaufwand scheint tendenziell zuzunehmen, weil Eltern höhere Ansprüche an ihre Erziehungsleistungen entwickelt haben (Schütze 1988; Beck-Gernsheim 1990). Vor allem die Selbständigkeit der Kinder wird dabei in den Vordergrund gestellt, was verstärkt »Aushandlungsprozesse« erfordert (Rerrich 1983). Des weiteren werden die Ansprüche an Bildung höher, und diese können nur zum Teil im schulischen Unterricht eingelöst werden. Ein letzter Aspekt der gestiegenen Erziehungsanforderungen betrifft die Alltagsorganisation für Kinder. Zumindest für jüngere Kinder, für Kinder aus höheren Schichten und in bestimmten Wohngebieten ist der Kinderalltag heute durch eine zunehmende »Verinselung« und »Termingebundenheit«

(Zeiter) geprägt. Kinder sind deshalb verstärkt auf Mobilitäts- und Koordinationshilfen der Erwachsenen angewiesen, was wiederum den (Zeit-)Aufwand für die Kindererziehung erhöht.

Die zeitlichen Aufwendungen für Kinder sind nur schwerlich von anderen Zeitverwendungen zu trennen, zumindest wenn es um Hausarbeiten geht. Allerdings geben Zeitbudget-Studien Aufschluß darüber, wieviel Zeit in verschiedenen Haushaltstypen für Hausarbeit verwendet wird. So nehmen z.B. die Zeiten für die Wohnungsreinigung, für die Wäsche oder für die Zubereitung von Mahlzeiten mit der Kinderzahl deutlich zu. Die von nicht erwerbstätigen Frauen im Durchschnitt angegebene Hausarbeitszeit (ohne Kinderbetreuung) steigt von 290 Minuten pro Tag (in Haushalten ohne Kinder) auf 363 Minuten (in Haushalten mit drei und mehr Kindern) an (Krüsselberg u. a. 1986, S. 158). Für reine Kinderbetreuung werden von den nicht erwerbstätigen Frauen im Schnitt 69 und von den erwerbstätigen Frauen 31 Minuten pro Tag verwendet (ebd., S. 165). Entsprechend sinkt innerhalb der Woche (bei den nicht erwerbstätigen Frauen) der täglich für »Freizeit« verfügbare Zeitraum von 245 Minuten (ohne Kinder) auf 142 Minuten (bei drei und mehr Kindern). Bei den in Vollzeit erwerbstätigen Frauen nahm die Freizeit von 153 auf 104 Minuten ab (ebd., S. 190).

Die notwendigen Hausarbeits-, Betreuungs- und Erziehungsaufgaben führen bei gleichzeitigem Mangel¹ an öffentlichen Betreuungsangeboten dazu, daß häufig ein Elternteil – in der Regel die Mutter – ganz oder teilweise die Erwerbstätigkeit aufgibt, wenn (kleine) Kinder zu versorgen sind. Eine von 1983 bis 1987 durchgeführte Längsschnittstudie ergab, daß vor der Geburt des ersten Kindes 69 % der befragten Frauen erwerbstätig waren, nach der Geburt aber nur 36 %. Die Hälfte dieser Frau-

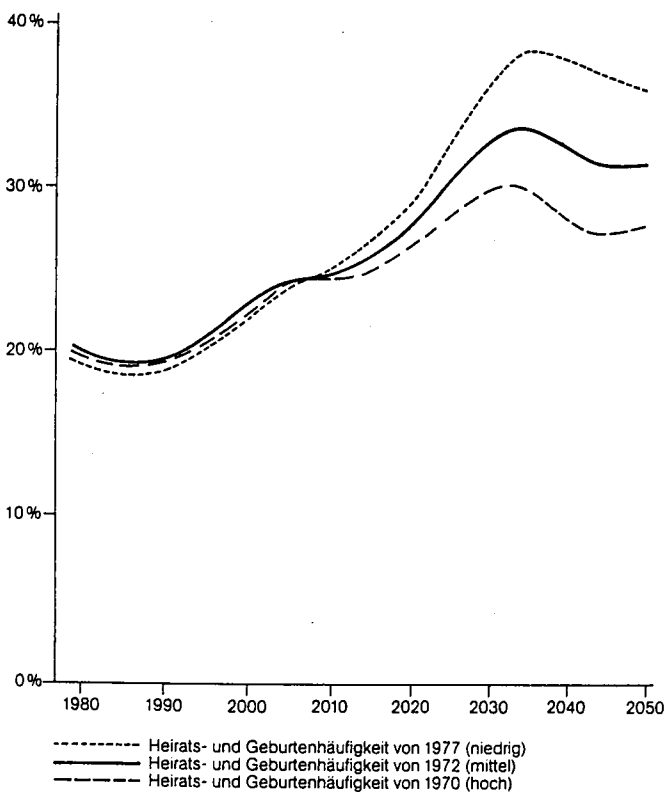
en wechselte auf eine Halbtags-tätigkeit. Die Frauen, die ein zweites Kind bekommen hatten, waren zu 27 % vor der Geburt erwerbstätig, aber nur zu 20 % nachher (Buhr u. a. 1987, S. 22). Von allen Frauen in der Bundesrepublik, die mindestens ein Kind im Alter unter drei Jahren hatten, waren im Jahre 1989 nur 32,5 % erwerbstätig. Von allen Frauen mit einem Kind unter 15 waren es 50,3 %, mit zwei Kindern in dieser Altersgruppe 40 % und mit drei Kindern 35,4 % (Statistisches Bundesamt, FS 1, R. 3, 1989). Bei diesen Angaben ist jedoch keine Differenzierung nach dem Umfang der Erwerbstätigkeit möglich. Deutlich wird aber dennoch, daß die Aussicht auf zwei Familieneinkommen, wie sie für kinderlose junge Paare inzwischen selbstverständlich ist, mit der Kinderzahl geringer wird.

Zu den gravierendsten Opportunitätskosten des Kinderhabens gehört immer noch das aufgrund der Aufgabe bzw. Verringerung einer Erwerbstätigkeit entgangene Erwerbseinkommen einschließlich der damit verbundenen Folgen für die Rentenhöhe. Das Familieneinkommen sank 1982 durchschnittlich um 891 DM, wenn nur ein Einkommen zur Verfügung stand (Cornelius u. a. 1986, S. III). Durchschnittlich 741 (bei anschließender Halbtags-tätigkeit) bzw. 1136 DM gaben Eltern von Vorschulkindern als faktische Einkommenseinbußen bei Reduktion bzw. Aufgabe der Erwerbstätigkeit aufgrund der Erziehung des Kindes an (Tietze/Roßbach 1991, S. 571). Ergebnisse des sozioökonomischen Panels deuten darauf hin, daß neben diesen unmittelbaren Verlusten auch erhebliche indirekte Verluste durch verschlechterte Aufstiegs- und Einkommenschancen nach der Rückkehr ins Erwerbsleben in Kauf genommen werden müssen, die bei hoher Qualifikation wahrscheinlich die kurzfristigen Verluste noch überschreiten dürften (Galler 1988). Insofern muß man auch von längerfristigen Opportunitätskosten ausgehen, die bislang nur am Rande thematisiert wurden.

Für viele Frauen sind die berufsbezogenen Kinderkosten jedoch nicht nur ökonomisch relevant. Einschränkungen der sozialen Kontakte, der persönlichen Unabhängigkeit, der sozialen Anerkennung gehören zu den typischen Folgen der Aufgabe einer Erwerbstätigkeit. Auch wenn die Erwerbsarbeit nicht aufgegeben oder reduziert wird, haben Kinder »Auswirkungen«: Permanente Verantwortung sowie der fast automatisch entstehende Zeitdruck im Alltag erschweren oder verunmöglichen gar die Einhaltung von Arbeitsstandards, die von kinderlosen oder »kinderbefreiten« Arbeitnehmern gesetzt werden. In der Folge entwickeln sich aufgrund der »mangelnden Rücksichtnahme der Wirtschaft auf die Familie« (Kaufmann 1990b) häufig geringere Aufstiegschancen, geringere berufliche Zufriedenheit und vor allem eine dauerhafte Alltags- und Arbeitsbelastung aufgrund der Anstrengung, zwei verschiedenen Anforderungsprofilen gerecht zu werden (vgl. hierzu ausführlich die Beiträge in DISKURS 1/1991).

Die individuelle Bedeutung solcher materiellen und immateriellen Opportunitätskosten hängt nun natürlich von der gesamten materiellen Familiensituation, aber auch von den jeweiligen Präferenzen und Wünschen ab. Nicht allen Frauen fällt die Aufgabe der Berufstätigkeit für Kinder schwer, und nicht alle Eltern empfinden die begrenzte Freizeit zugunsten von Haushalt und Kindern als Verlust. Es ist jedoch davon auszugehen, daß diese Kostengesichtspunkte inzwischen zu einem festen Be-

Prognostizierte Entwicklung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung



Quelle: Kaufmann 1990b, S. 71, nach Grohmann 1983, S. 20

standteil der Einstellung gegenüber Kindern geworden sind. Wie verbreitet sie auftreten und als wie gravierend sie empfunden werden, hängt auch davon ab, welchen gesellschaftlichen Stellenwert die entgangenen Alternativen Geld, Freizeit und Beruf haben.

Wenn auch insgesamt materialistische Werte nicht mehr als die allein dominierenden gelten, so hat die Bedeutung materieller Ressourcen für die bedürfnisgerechte Lebensgestaltung keineswegs abgenommen. Den Anforderungen und »Verlockungen« der Konsumwelt kann sich im Gegenteil kaum jemand entziehen. Auch Dienstleistungen, die Hilfestellungen im Alltag bieten, werden zunehmend weniger im Rahmen informeller Netzwerke ausgetauscht, sondern müssen bezahlt werden. Hinzu kommt, daß auch für die Gestaltung der hinsichtlich der Sinnfindung immer wichtiger werdenden Freizeit finanzielle Mittel erforderlich sind, die die Einschränkungen durch Kinder spürbar werden lassen, natürlich um so mehr, je schlechter die Einkommenslage insgesamt ist.

Vor allem die in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegene Bedeutung der Berufsarbeit für Frauen macht das Kinderhaben und die damit zusammenhängenden Einschränkungen zu einem nicht zu unterschätzenden Kostenfaktor. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts waren Frauen noch weitgehend auf die Hausfrauen- und Mutterrolle fixiert. Im Zuge der Bildungsexpansion, der Studenten- und der Frauenbewegung und nicht zuletzt aufgrund eines hohen Arbeitskräftebedarfs in den 60er und 70er Jahren wurde die berufliche Ausbildung und die anschließende außerhäusliche Berufsarbeit auch für Frauen zunehmend selbstverständlich. Dadurch kamen sie erstmals in größerem Ausmaß in den Genuß einer eigenständigen ökonomischen Absicherung und der durch Erwerbsarbeit ermöglichten sozialen Anerkennung. Damit eröffneten sich im übrigen für Frauen nicht nur neue Arbeits-, sondern auch neue Lebensperspektiven, die sich nach einer Formulierung von Beck-Gernsheim (1983) in einer Umorientierung »vom Dasein für andere zum Anspruch auf ein Stück eigenes Leben« ausdrücken. Die gestiegenen Ansprüche an die Erziehung von Kindern und die damit im Zusammenhang stehenden Einschränkungen für Eltern führen dazu, daß die neu erworbenen Freiheiten tendenziell wieder zugunsten der Kindern eingeschränkt werden müssen (Rerrich 1983, S. 444). Das Fatale an der Situation der Frauen liegt u. a. also darin, daß die Realisierung eines aus der Berufsarbeit beziehbaren »neuen« Lebenssinnes mit Kindern und der Realisierung des durch sie möglichen Lebenssinnes nur so schwer zu vereinbaren ist.

Kosten von Kindern für die Gesellschaft

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Gemeinschaft. Dies ist im Grundgesetz und seit kurzem auch im Kinder- und Jugendhilfegesetz festgelegt. Diese doppelte Verantwortung hat im Rahmen der bestehenden sozial- und einkommenspolitischen Regelungen zur Konsequenz, daß nicht nur die Sorge für Kinder, sondern bereits der Status der »legalen« Partnerschaft in der Ehe durch Steuervergünstigungen finanziell unterstützt wird. Deshalb lassen sich die monetären Leistungen für Kinder insgesamt nur schwerlich von anderen familienpolitischen Leistungen abgrenzen. So werden in der Regel auch solche Leistungen un-

ter dem Label Familienpolitik subsummiert, die eher als Eheförderung verstanden werden müssen. Pfaff und Kerschreiter (1982) haben für das Jahr 1980 eine Aufteilung der familienpolitischen Leistungen auf verschiedene Förderungsbereiche vorgenommen. Nach ihren Berechnungen entfielen 52,9 % auf Leistungen für Ehegatten, 23,0 % auf Leistungserhöhungen für Ehegatten und Kinder und nur 24,1 % auf unmittelbare Leistungen für Kinder. Zu noch deutlicheren Ergebnissen kommen

Bäcker u. a. (1989, S. 195). Von den 1986 angefallenen familienpolitischen Geldleistungen waren 72 % ehebezogene Leistungen, 27 % kinderbezogene Leistungen und 2 % erziehungsbezogene Leistungen. Von besonderem Gewicht ist dabei das sogenannte »Ehegattensplitting«, das vor allem Ehepaaren mit sehr unterschiedlichen Einkommen bzw. mit nur einem Einkommen Steuervorteile verschafft und 1990 für den Staat Mindereinnahmen in Höhe von 23,4 Mrd. DM verursachte, wobei ein Drittel der Nutznießer keine Kinder zu versorgen hatte. Gerade die hohen Kosten dieser Eheförderung haben angesichts der veränderten Familienwirklichkeit

(Zunahme der kinderlosen Ehen, der unverheirateten Eltern und der Alleinerziehenden) in den letzten Jahren zu massiver Kritik geführt. Insofern ist es nicht angebracht, pauschal alle als Familienpolitik ausgewiesenen Leistungen den gesellschaftlich übernommenen Kosten von Kindern zuzurechnen. Sinnvoller erscheint jeweils eine Berücksichtigung von »Einzelposten«, was auch den Vorteil hat, daß soziale Dienstleistungen anderer Politikbereiche berücksichtigt werden können.

Die gesellschaftliche Verantwortung gegenüber der Familie umfaßt einen direkten und einen indirekten Ausgleich für die materiellen Belastungen durch Kinder (Familienlastenausgleich), erhöhte Leistungen im Rahmen des Sozialrechts, soziale Dienste zur Entlastung und Unterstützung der Familien und schließlich Maßnahmen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, die notwendig werden, wenn die Entwicklung von Kindern in der Familie gefährdet ist und Alternativen gesucht werden müssen.

Häufig werden unter finanziellen Leistungen für Kinder nur diejenigen erfaßt, die zum engeren Bereich des Familienlastenausgleichs gehören. Man spricht hier von einem »dualen System«, das einerseits direkte Transferzahlungen umfaßt und andererseits indirekte Transfers in der Form von Steuerermäßigungen gewährt. Kernstück der direkten finanziellen Leistungen und gleichzeitig größter Ausgabeposten ist das Kindergeld. Es ist nach der Zahl der Kinder gestaffelt, ab dem zweiten Kind zum Teil einkommensabhängig und beträgt 70 DM für das erste Kind (seit dem 1.1.1992), 100 bis 130 DM für das zweite, 140 bis 220 DM für das dritte und 140 bis 240 DM für jedes weitere Kind. Das Kindergeld unterliegt keiner Dynamisierung, d.h. es paßt sich nicht der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung an. Der zweitgrößte Ausgabenposten im Rahmen direkter Transferzahlungen ist das Erziehungsgeld. 1986 eingeführt und seitdem beständig ausgeweitet, wird es gezahlt, wenn ein Elternteil die Pflege und Erziehung des Kindes in den ersten Lebensmonaten übernimmt und dabei nicht (bzw. nur in geringfügigem Maße) einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Es umfaßt 600 DM monatlich und kann von der Geburt eines Kindes an bis zum 18. Lebensmonat bezogen werden, wobei jedoch ab dem 7. Lebensmonat des Kindes Einkommensgrenzen gelten. Eltern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, haben vollen Kündigungsschutz. Seit dem 1.1.1992 kann dieser Erziehungsurlaub bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes genommen werden, wobei für die letzten 18 Monate jedoch zumindest vom Bund² kein Erziehungsgeldanspruch mehr besteht. Weitere direkte finanzielle Leistungen betreffen die Ausbildungsförderung für in Ausbildung stehende Kinder (einkommensabhängig) oder Unterhaltsvorschußzahlungen.

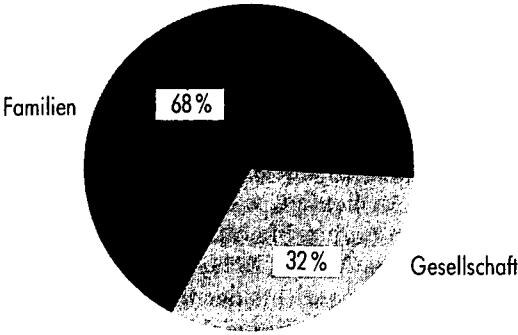
Kernstück der Steuervorteile für Familien ist der 1983 wieder eingeführte Kinderfreibetrag (4104 DM pro Kind seit 1992, vorher 3024 DM), d.h. der Geldbetrag, um den das zu versteuernde Einkommen pauschal gekürzt wird. Wenn aufgrund eines sehr niedrigen Einkommens dieser Freibetrag nicht ausgenutzt werden kann, kann ein »Kindergeldzuschlag« von bis zu 65 DM pro Monat beantragt werden. Weiterhin gibt es Ausbildungsfreibeträge (bis zu 4000 DM pro Jahr) und die Möglichkeit, bei mindestens zwei Kindern unter 10 Jahren Kosten für eine Haushaltshilfe geltend zu machen (bis zu 12000 DM pro Jahr). Für Alleinerziehende wird ein Haushaltsfreibetrag von 5616 DM eingeräumt, und es können Kinderbetreuungskosten von 4000 DM für das erste und 2000 DM für jedes weitere Kind geltend gemacht werden. Schließlich wird im Rahmen der Wohnungspolitik beim Erwerb von Wohnungseigentum acht Jahre lang pro Kind und Jahr 750 DM »Baukindergeld« als Erlaß von der Steuerschuld gewährt.

Im Rahmen der Sozialversicherung wurden ebenfalls eine Reihe zusätzlicher Leistungen für Familien eingerichtet. Zu den wichtigsten zählt sicherlich die kostenlose Mitversicherung von Ehegatten und Kindern im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung.³ Die Krankenkassen zahlen des weiteren das Mutterschaftsgeld (bis zu 25 DM pro Tag), das zusammen mit dem Arbeitgeberzuschuß den Frauen sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes den Weiterbezug des Nettoarbeitsentgelts sichert. Bei Krankenhaus- oder Kuraufenthalt eines Elternteils wird unter bestimmten Voraussetzungen eine Haushaltshilfe bezahlt. Für maximal 10 Tage pro Jahr und Kind (insgesamt jedoch nur für 25 Tage) kann eine Freistellung von der Arbeit bei Erkrankung eines Kindes erfolgen.

Staatliche Unterstützung der Familie macht sich – wie einleitend bereits skizziert – nicht nur an direkten finanziellen Entlastungen fest, sondern besteht auch darin, daß sowohl die familiäre wie auch die außerfamiliäre Betreuung und Erziehung öffentlich unterstützt und geregelt werden.⁴ Hierzu gehören sowohl familienunterstützende soziale Dienste wie etwa Familien-, Erziehungs- oder Jugendberatung als auch Betreuungsangebote in Kindergärten, Kinderkrippen und Kinderhorten oder familienersetzende Hilfen wie Erziehungsheime oder Pflegegeldzahlungen. Schließlich müssen auch die öffentlich bereitgestellten Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche als gesellschaftliche Kostenfaktoren berücksichtigt werden. All dies taucht in der Ausgabenstatistik unter der Rubrik »Aufwand für die Jugendhilfe« auf. Zu beachten ist hierbei allerdings, daß aufgrund des Subsidiaritätsprinzips in vielen Bereichen den Angeboten der Freien Träger Vorrang gegeben wird. Deren Ausgaben werden nur zum Teil in den staatlichen Budgetaufstellungen (als Zuschüsse) berücksichtigt.⁵

Wer ›bezahlt‹ wieviel für Kinder?

Eine Gegenüberstellung privat und öffentlich getragener monetärer Kinderkosten ist sicherlich nicht unproblematisch. Es handelt sich hierbei um eine rein analytische Aufteilung auf einer sehr hohen Aggregatebene. Die Zahlen sagen somit nichts über die konkrete Be- oder Entlastung im Einzelfall aus. Dennoch kann ein solcher Kostenvergleich gewisse Schwerpunktsetzungen ver-



Quelle: Eigene Berechnungen

deutlichen und auf Verteilungsprobleme aufmerksam machen. Außer der Frage, welche Posten einzubeziehen sind, ist das schwierigste konkrete Problem wohl die Berücksichtigung entgangener Erwerbseinkommen bzw. der nicht entlohten Arbeitszeit für die Pflege und Betreuung von Kindern in der Familie. Die im folgenden vorgenommene Berechnung schätzt auf der Grundlage bekannter Daten über die Frauenerwerbstätigkeitsquoten und über entstandene Einkommensverluste die faktisch entgangenen Erwerbseinkommen.⁶ Wir wissen zum Beispiel, daß 56,3 % aller Frauen mit Kindern unter 18 Jahren im Jahre 1988 nicht erwerbstätig waren. Von den erwerbstätigen Frauen gehen im Schnitt 60 % einer Teilzeittätigkeit nach (Krombholz 1991, S. 201). Die bereits angeführten Daten zum durchschnittlichen Einkommensverlust durch die Aufgabe bzw. Reduzierung der Erwerbstätigkeit belaufen sich auf ca. 1100 bzw. 700 DM pro Monat. Setzt man diese Größen in Beziehung zur Zahl der Haushalte mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren⁷, so ergibt sich eine Summe von 66,64 Mrd. DM, die als privat getragene und monetär schätzbare Opportunitätskosten gelten können. Aufgrund der anzunehmenden langfristigen Einbußen sind diese Kosten wahrscheinlich eher höher zu veranschlagen. Unter Zugrundelegung dieser Aufwendungen und der ermittelten Lebenshaltungskosten von durchschnittlich 730 DM pro Kind ergeben sich insgesamt für das Jahr 1988 privat getragene Kinderkosten von schätzungsweise 165,04 Mrd. DM, die im Verhältnis zu den Ausgaben der öffentlichen Hand (vgl. Übersicht 1) 67,95 %, also zwei Drittel aller hier berücksichtigten Kosten von Kindern ausmachen. Zu bedenken ist dabei jedoch weiterhin, daß auch die Familien aufgrund ihrer Steuerzahlungen und ihrer Beitragszahlungen zur Sozialversicherung zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt werden.

Diese Kostenverteilung für Kinder zwischen Familie und Gesellschaft muß vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten Wertaspekte sowie des Stellenwerts nicht-materieller Opportunitätskosten gesehen werden. Kinder – so wurde ausgeführt – sind in unserer Gesellschaft deshalb besonders »kostbar«, weil sie Gegengewichte zu einer ansonsten durchrationalisierten und emotionsarmen Umwelt bieten können und weil sie auf diese Weise den Erwachsenen das Leben lebenswerter machen. Dieser Wert wird deutlich von den Personen

formuliert, die direkt mit den Kindern zu tun haben, er gilt jedoch zunehmend auch für die gesamte Gesellschaft als unverzichtbar. Unter anderem aufgrund der besonderen Alterssicherungsstrukturen haben Kinder in unserer Gesellschaft aber auch einen ökonomischen Wert. Mit der aktuellen demographischen Entwicklung wird dieser ökonomische Wertaspekt immer wichtiger. Insofern bezahlen Eltern mit der Übernahme des größten Kostenanteils für Kinder und mit der Inkaufnahme von materiell nicht faßbaren Opportunitätskosten nicht nur für den für sie persönlich wichtigen immateriellen Wert von Kindern, sondern auch für den gesellschaftlich relevanten ökonomischen Wert von Kindern. Dieses ungleiche Verhältnis kann man auch auf den Nenner von »öffentlichem Nutzen und privaten Kosten« bringen.

Übersicht 1:
Ausgaben der öffentlichen Hand für Kinder in Mrd. DM (1988)¹

1. Direkte Transferzahlungen:	28,01
Kindergeld	14,02
Erziehungsgeld	3,30
Kindergeldzuschlag	0,75 ²
Ausbildungsförderung (ohne Darlehen)	0,39
Unterhaltsvorschuß	0,15
Familienzuschläge im öffentlichen Dienst	9,4
2. Steuererleichterungen:	11,10
Kinderfreibetrag	7,90
Ausbildungsfreibetrag	1,40
»Baukindergeld«	0,83
Haushaltsfreibetrag	0,81
Kinderbetreuungskosten	0,16
3. Leistungen im Rahmen der Sozialversicherung:	17,85
kostenlose Mitversicherung in der gesetzl. Krankenvers.	10,80 ³
Waisenrenten	2,60 ⁴
Rentenzahlungen für Erziehungszeiten	4,15 ⁵
Mutterschaftsgeld	0,14
Haushaltshilfen	0,14 ⁴
Freistellung bei Krankheit eines Kindes	0,02 ⁴
4. Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe: ⁶	20,86
davon:	
Kindertagesstätten	4,52
Heimpflege	1,81
Freiwillige Erziehungshilfe	0,54
Freizeithilfe	0,52
Familienpflege	0,47
Beratung	0,28
Ausgaben der Wohlfahrtsverbände	12,43 ⁷

1 Quelle, soweit nicht anders angegeben: Textor 1991
2 Angaben für 1989, Quelle: BMA 1991, S. 353
3 Geschätzte Zahlen auf der Grundlage von Angaben für 1986 aus Bäcker et al. 1989, S. 195
4 Angaben für 1986
5 Angaben für 1990
6 Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 13, R.6.1, 1988/1989, S. 52–55
7 Geschätzte Zahlen auf der Grundlage von Angaben des Wissenschaftlichen Beirates 1979, S. 60

Konsequenzen für die Kinder

Für die Kinder ist es zunächst einmal unwichtig, wer für ihre Kosten aufkommt – so könnte man zumindest vermuten. Daß dies nicht stimmt, zeigt sich schnell, wenn die konkreten Auswirkungen der oben beschriebenen gesellschaftlichen Regelung der Kostenverteilung zwischen Familie und Gesellschaft in den Blick genommen werden. Die familiäre Übernahme des weitaus größten Kostenanteils – und zwar sowohl in materieller wie in immaterieller Hinsicht – führt nämlich dazu, daß zumindest die finanzielle Situation von Familien mit zunehmender Kinderzahl schlechter wird. Dies gilt bereits, wenn das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen nach der Kinderzahl differenziert wird. Im Jahre 1986 sank bei den 35- bis 45jährigen Haushaltsvorständen dieses Einkommen z.B. von 4051 DM bei kinderlosen Paaren auf 3206 DM in Familien mit vier und mehr Kindern (Wingen/Cornelius 1989, S. 246). Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Aufgabe der Erwerbstätigkeit eines zweiten Familienmitglieds – in der Regel der Frau. Die ökonomische Benachteiligung »durch Kinder« wird ganz besonders deutlich, wenn die Anzahl der zu versorgenden Haushaltsmitglieder berücksichtigt und ein Pro-Kopf-Einkommen berechnet wird.⁸ Dieses sinkt mit zunehmender Kinderzahl stark ab, wobei die Unterschiede bei Alleinerziehenden (und hier besonders bei nicht verheirateten Müttern) besonders drastisch sind (Cornelius u. a. 1986, S. 62 ff.). Diese Benachteiligung betrifft nicht nur die aktuelle Einkommenssituation, sondern auch die Teilhabemöglichkeiten an der mit der allgemeinen Wohlstandsentwicklung und der Familienentwicklung sich verbessernden Einkommenslage (Buhr u. a. 1987, S. 12 f.). Das Armutsrisiko steigt demnach mit zunehmender Kinderzahl stark an. Unter Zugrundelegung der Sozialhilfeberechtigung als Armutsgränze kommt Walper (1991, S. 367) in ihrer Auswertung der Daten des Familiensurveys zu einer Bestätigung der These daß »Armut kinderreich ist«. Das Armutsrisiko steigt vor allem mit dem dritten und vierten Kind an und ist besonders hoch bei Alleinerziehenden. Von ihnen leben bereits 18 % mit einem Kind unter Bedingungen ökonomischer Deprivation. Bei zwei Kindern sind es 30 % und bei drei Kindern über zwei Drittel der Alleinerziehenden, die unter die Armutsgränze fallen. Im Vergleich mit anderen Ungleichheitsfaktoren

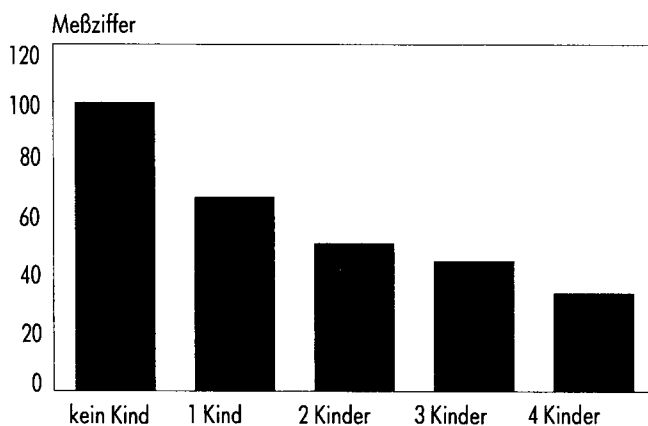
kommt Bertram so auch zu dem Schluß, »daß die Zahl der Kinder die ökonomische Situation einer Familie in wesentlich höherem Maße als die Zugehörigkeit zu einer Berufsklasse beeinflußt« (1991, S. 255).

In engem Zusammenhang mit der finanziellen Situation steht auch die Versorgung mit Wohnraum. Zwar spielen hier auch Stadt-Land-Unterschiede eine Rolle, generell gilt aber, daß der pro Person verfügbare Wohnraum vor allem mit der Kinderzahl deutlich abnimmt (Buhr u. a. 1987, S. 34 ff.). Er beträgt, z.B. in Haushalten mit drei Personen, 35 qm und in Haushalten mit fünf und mehr Personen 23,6 qm (Müller 1991: 322). Ein solcher Zusammenhang muß angesichts der Bedeutung ausreichenden Wohnraums für die Entwicklung von Kindern und für das Wohlbefinden der Familienmitglieder als besonders problematisch erachtet werden.

Die Lebensbedingungen von Kindern werden schließlich auch in psychosozialer Hinsicht aufgrund der Folgen der skizzierten Kostenverteilung zwischen Familien und Gesellschaft beeinträchtigt. In der Fachdiskussion herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß eine für Kinder besonders wichtige elterliche Leistung eine emotionale Unterstützung ist, die das Kind als Person anerkennt und ihm das Gefühl gibt, geliebt zu werden, egal, ob es den Anforderungen, die an es gestellt werden, entspricht oder nicht. Gleichzeitig gilt, daß die Chance, familialen emotionalen Zusammenhalt zu entwickeln und beizubehalten, von der Vereinbarkeit des gesamten familialen Aufgabenspektrums abhängt. Die Möglichkeit, Unterstützung zu gewähren, ist damit auch davon abhängig, wie belastet die Familie bzw. der Familienalltag insgesamt ist und wie sehr die Familienmitglieder in andere Verpflichtungen eingebunden sind. Solche außerfamilialen und innerfamilialen Verpflichtungen nehmen jedoch zu, wenn aufgrund von Mittelknappheit eine Verbesserung des Familieneinkommens z.B. durch Überstunden, Aushilfsjobs etc. notwendig wird. Sie werden größer, wenn Dienstleistungen nicht bezahlt werden können und daher entweder selbst oder im Austausch gegen andere Verpflichtungen erbracht werden. Alltagsstress entsteht auch, wenn keine oder ungenügende Hilfen zur Bewältigung der familialen Alltagsaufgaben in Form von entsprechenden Angeboten öffentlicher Erziehung und Betreuung eingerichtet werden. Überlastete und unzufriedene Eltern aber können nur schwerlich die für Kinder so wichtige emotionale Unterstützung leisten und sind für sie ein direktes und unmittelbares Problem. Insofern muß davon ausgegangen werden, daß die Lebenssituation von Kindern in vielerlei Hinsicht dadurch mitbestimmt wird, ob und in welchem Ausmaß ihre Familie die entstehenden Kinderkosten tragen muß und kann. Daß dies auch eine Frage der jeweiligen Einkommenssituation ist, ist unmittelbar einsichtig. Bedeutsamer scheint jedoch, daß für Kinder eine andere Ungleichheitsdimension zum Tragen kommt: die Geschwisterzahl. Die derzeitige gesellschaftlich geregelte Kostenaufteilung führt dazu, daß eher Kinder aus kinderreichen Familien (nicht nur in ökonomischer Hinsicht) benachteiligt sind. Regelrecht existenzgefährdend scheint »Kinderreichtum« für Alleinerziehende und für einkommensschwache Familien zu werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Eltern sind gegenüber kinderlosen Erwachsenen in materieller Hinsicht deutlich benachteiligt und zwar um so stärker, je mehr Kinder sie haben. Sie genießen zwar auch ganz be-

Pro-Kopf-Einkommen in Haushalten 1986



Quelle: Wingen/Cornelius 1989, S. 249

stimmte Vorteile des »Kinderhabens«, aber auch kinderlose Erwachsene bzw. die ganze Gesellschaft profitieren von Kindern. Die hier beschriebene gesellschaftlich geordnete Kostenverteilung verursacht aber auch noch ein anderes Problem: Vergleicht man die Verfügungsmöglichkeiten über ökonomische Ressourcen in einer generationalen Dimension, stellt man also die ökonomischen Lebensbedingungen von Kindern denen der Erwachsenen gegenüber, so zeigt sich eine deutliche Benachteiligung der jüngeren Generation. Im Zusammenhang mit der in Wissenschaft und Praxis an Bedeutung gewinnenden Frage nach der gesellschaftlichen Verortung der Kindheit und der Lebenssituation von Kindern sollte deshalb das Problem der familialen Kostenbelastung nicht vernachlässigt werden.



Anmerkung

Für Anregungen und Kritik danke ich Prof. Franz Xaver Kaufmann.

- ¹ Im Jahre 1986 gab es für nur 1,6 % der 0–3-jährigen Krippenplätze und für nur 4,4 % der 6–10-jährigen Hortplätze. Bei der Kindergartenversorgung, die bei 79 % liegt, besteht das Hauptproblem im Mangel an Ganztagsplätzen. Auch der weitaus besseren quantitativen Versorgung in den neuen Bundesländern drohen wegen absehbarer Finanzierungsprobleme gravierende Einschnitte.
- ² In einigen Bundesländern (z. B. in Baden-Württemberg) wird im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld ein (einkommensabhängiges) Landeserziehungsgeld gezahlt.
- ³ Die familienbezogenen Sachleistungen werden nicht gesondert ausgewiesen. Schätzungen belaufen sich auf 27 Mrd. DM, in denen jedoch Ausgaben für Kinder und Ehegatten enthalten sind (vgl. Bäcker u. a. 1989, S. 195). Die bis zu 20-jährigen machen zwar 54,2 % aller mitversicherten Familienangehörigen aus, da die Krankheitskosten der über 50-jährigen jedoch im Schnitt bedeutend höher liegen als die der Kinder und Jugendlichen, wurden nur 40 % von 27 Mrd. DM veranschlagt.
- ⁴ Anders als bei den Berechnungen des Wissenschaftlichen Beirates für das Jahr 1974 werden die Kosten für Schul- und Hochschulbildung hier nicht berücksichtigt, da sie nur schwerlich eindeutig der Kindergeneration zugewiesen werden können und den Familien aufgrund der staatlich eingeführten Schulpflicht nicht Kosten »abgenommen«, sondern den Kindern im Gegenteil unentlohnte Pflichtaufgaben zugewiesen werden.
- ⁵ Im Jahre 1974 beliefen sich die Ausgaben der Wohlfahrtsverbände für die Jugendhilfe auf 5,1 Mrd. DM (Wissenschaftlicher Beirat 1979, S. 60). Von 1975 bis 1988 nahmen die Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für Aufgaben der Jugendhilfe um das 3,5fache und die Ausgaben der öffentlichen Hand für Jugendhilfe allgemein um das 2,7fache zu (Statistisches Bundesamt FS 13, R. 6., 1988/1989). Der seinerzeit ermittelte Ansatz wurde deshalb verdreifacht und die Zuschüsse in Höhe von 2,87 Mrd. DM abgezogen.
- ⁶ Es ist zwar nicht unproblematisch, Opportunitätskosten für Kinder auf der Aggregatebene zu berechnen, da damit unterstellt wird, daß alle Frauen aufgrund der Kindererziehung nicht oder nicht voll erwerbstätig sind. Neuere empirische Untersuchungen zeigen jedoch deutlich, daß für Frauen familiäre Gründe ausschlaggebend sind für die Unterbrechung bzw. Reduktion ihrer Berufstätigkeit (Krombholz 1991, S. 206).
- ⁷ Die finanzielle Belastung der Familien erhöht sich tendenziell auch aufgrund verlängerter Ausbildungszeiten und reicht teilweise weit über das 18. Lebensjahr der Kinder hinaus (Kaufmann 1990b, S. 111f.). Insofern müßten die Kosten für einen beträchtlichen Anteil der 18–25-jährigen im Prinzip auch bei den privat getragenen Kosten berücksichtigt werden.
- ⁸ Diese Berechnung bezieht Kinder als »0,6-Vollpersonen« ein.

Literatur

- Bäcker, G./Bispinck, R./Hofemann, K./Naegele, G.: Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II. Köln 1989
- Beck-Gernsheim, E.: Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf familiäre Lebensverhältnisse und Persönlichkeitsentwicklung. In: Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation. Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für sozialen Fortschritt. Stuttgart 1980, S. 186–207

- Beck-Gernsheim, E.: Vom »Dasein für andere« zum Anspruch auf ein Stück »eigenes Leben«. Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. Soziale Welt, 34, 1983, S. 307–341
- Beck-Gernsheim, E.: Alles aus Liebe zum Kind. In: Beck, U./Beck-Gernsheim, E.: Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt/M. 1990, S. 135–183
- Bertram, H.: Familie und soziale Ungleichheit. In: Bertram, H. (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen 1991, S. 235–273
- Buhr, P./Strack, P./Strohmeier, K. P.: Lebenslage und Alltagsorganisation junger Familien in Nordrhein-Westfalen. Regionale Unterschiede und Veränderungen im Zeitablauf. Bielefeld 1987
- BMA, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Übersicht über die soziale Sicherheit. Bonn 1991
- Cornelius, I./Linder, P./Rückert, G.-R.: Ökonomische Rahmenbedingungen der Familien. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle, Heft 15. Stuttgart 1986
- Galler, H. P.: Familiäre Lebenslagen und Familienlastenausgleich. Zu den Opportunitätskosten familialer Entscheidungen. In: Felderer, B. (Hrsg.): Familienlastenausgleich und demographische Entwicklung. Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik, Bd. 175. Berlin 1988, S. 83–112
- Grohmann, H.: Anpassungs- und Entlastungsstrategien zur Lösung des demographisch bedingten Rentenproblems. In: Birg, H. (Hrsg.): Demographische Entwicklung und gesellschaftliche Planung. Frankfurt/M. 1983, S. 13–46
- Kaufmann, F. X.: Sozialpolitik und Bevölkerungsprozeß. In: Birg, H./Mackensen, R. (Hrsg.): Demographische Wirkungen politischen Handelns. Frankfurt/M. 1990a, S. 103–124
- Kaufmann, F. X.: Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. München 1990b
- Krombholz, H.: Arbeit und Familie: Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Erwerbstätigkeit und die Aufteilung der Erwerbstätigkeit in der Partnerschaft. In: Bertram, H. (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen 1991, S. 193–231
- Krüsselberg, H. G./Auge, M./Hilzenbrecher, M.: Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets. Die Ansatzpunkte der »Neuen Haushaltsökonomik«. Stuttgart 1986
- Müller, H.-U.: Familie und Wohnen – Wohnung und Wohnumfeld. In: Bertram, H. (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen 1991, S. 311–349
- Pfaff, A. B./Kerschreiter, M.: Die Familie im Umverteilungsprozeß. Monetäre Leistungen für Ehegatten und Kinder. In: Kaufmann, F. X. (Hrsg.): Staatliche Sozialpolitik und Familie. München 1982, S. 131–168
- Rerrich, M. S.: Veränderte Elternschaft. Entwicklungen in der familialen Arbeit mit Kindern seit 1950. Soziale Welt, 34, 1983, S. 420–449
- Rerrich, M. S.: Balanceakt Familie. Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen. 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1990
- Schütze, Y.: Zur Veränderung im Eltern-Kind-Verhältnis seit der Nachkriegszeit. In: Nave-Herz, R. (Hrsg.): Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1988, S. 95–114
- Textor, M.: Familienpolitik. Probleme, Maßnahmen, Forderungen. Bonn 1991
- Tietze, W./Roßbach, H. G.: Die Betreuung von Kindern im vorschulischen Alter. Zeitschrift für Pädagogik, 37, 1991, S. 555–579
- Votteler, M.: Aufwendungen der Familien für ihre minderjährigen Kinder. Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle, H. 18. Stuttgart 1987
- Walper, S.: Finanzielle Belastungen und soziale Beziehungen. In: Bertram, H. (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen 1991, S. 351–386
- Wingen, M./Cornelius, I.: Einkommenssituation und Konsumverhalten unterschiedlicher Familientypen. In: Nave-Herz, R./Markefka, M. (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Band 1: Familienforschung. Stuttgart 1989, S. 241–264
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: Leistungen für die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979